

Administrativ Versorgte Grund zum Feiern?



Treibt seine Volksinitiative voran: Unternehmer Guido Fluri

Verdingkinder und Zwangsversorgte sollen bald eine Entschädigung erhalten. Doch wie die finanziert wird, ist unklar.

In wenigen Monaten schon sollen bis heute sozial und wirtschaftlich schwer beeinträchtigte ehemalige Verdingkinder, administrativ Versorgte, Zwangssterilisierte und Zwangsadoptierte finanziell unterstützt werden. So tönte es letzte Woche am runden Tisch zur Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen. Doch woher das Geld für Soforthilfe und spätere Zahlungen kommen soll, ist unklar.

Parlament muss entscheiden

Zwar einigten sich Betroffene mit Vertretern von Bund, Kantonen, Gemeinden, der katholischen Kirche sowie verschiedenen Verbänden auf Soforthilfe und einen Härtefonds oder einen Solidaritätsfonds. Doch zumindest für längerfristige Zahlungen werden gesetzliche Grundlagen nötig sein, sprich: Das Parlament wird darüber befinden müssen. Ob aber National- und Ständerat einer finanziellen Entschädigung zustimmen werden, ist fraglich.

Der Zuger Unternehmer Guido Fluri, der eine Volksinitiative für die finanzielle Entschädigung von Betroffenen angekündigt hat (Beobachter Nr. 14), lässt nicht locker: «Die Gefahr besteht, dass die Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen in dieser politischen Entscheidungsfindung einmal mehr aufgegeben werden und zu kurz kommen.»

Deshalb will Guido Fluri die Vorbereitungen für die angekündigte Volksinitiative vorantreiben.